Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5287

16. 07. 96

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS — Drucksache 13/5172 —

Der Ministerialdirektor aus dem Bundesministerium des Innern, die Landsmannschaft Ostpreußen, der Rechtsextremismus und die Mittel aus dem Bundeshaushalt

Auf der Sitzung der „Ostdeutschen Landesvertretung" (OLV), dem obersten Beschlußorgan der „Landsmannschaft Ostpreußen", in Bad Kissingen im November 1995 würdigte der Bundesvorsitzende Wilhelm von Gottberg einen ganz besonders wichtigen Mann bei der Wiederherstellung der Salzburger Kirche in Gumbinnen. Durch die Restaurierung der Kirche sei – so Gottberg – „ein kleines Stück Realisierung unserer Bemühungen, der Heimat eine deutsche Identität zurückzugeben" erreicht worden: „Ich möchte an dieser Stelle unserem Insterburger Landsmann, dem Ministerialdirektor im Bundesministerium des Innern (BMI), Hartmut Gassner, auch im Namen der OLV danken, daß er durch sein stilles Wirken in bezug auf die Bereitstellung der Mittel die wesentlichen Voraussetzungen für dieses Vorhaben geschaffen hat" (Ostpreußenblatt, 25. November 1995).

Ministerialdirektor Hartmut Gassner, Leiter der Abteilung Vt (Deutsche Minderheiten; Spätaussiedler; Vertriebene; Kulturarbeit im Sinne von § 96 BVFG) im BMI, hat sich in den Bundesvorstand der „Landsmannschaft Ostpreußen" wählen lassen, einer Organisation der ideologisch und personell eine „Unschärfe bei der Abgrenzung zum rechtsextremistischen Spektrum" vorgeworfen wird (vgl. Dieter Bingen, „Das Gebiet Kaliningrad – deutsche Ansichten (II)", Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1993, S. 16).

Dieses Vorgehen ist fragwürdig vor dem Hintergrund, daß die „Landsmannschaft Ostpreußen" einen beträchtlichen Teil ihrer finanziellen Mittel aus dem Bundeshaushalt erhält. Die „Landsmannschaft Ostpreußen" bekam beispielsweise

1995 ca. 419 000 DM
1996 ca. 410 000 DM (im Bewilligungsverfahren).

Fragen werden auch dadurch aufgeworfen, daß die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) Mittel aus dem Bundeshaushalt bekommen hatte, und, obwohl die Bundesregierung Anhaltspunkte für eine rechtsextreme Ausrichtung der Mitgliederzeitung dieser Organisation erkennen konnte (Drucksache 13/1045), diese Gelder nicht zurückgefordert worden sind (Drucksache 13/2117).

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 13. Juli 1996 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Politisch ist die Wahl dieses hohen Beamten aus dem BMI in die „Landsmannschaft Ostpreußen" aber auch von daher fragwürdig, weil in dieser Organisation – ausweislich der in den Drucksachen 12/667, 12/8042, 13/753 wiedergegebenen Quellen – sehr eng mit Rechtsextremisten zusammengearbeitet wird. Den genannten Quellen ist auch zu entnehmen, daß die Zeitung dieses Vertriebenenverbandes, das „Ostpreußenblatt", mehr und mehr auch zu einem Sprachrohr für Rechtsextremisten geworden ist.

In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, daß das Ausmaß der Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts im „Ostpreußenblatt" das „Haus der Heimat" des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Stuttgart nach Aussagen des BdV-Funktionärs Helmut Fiedler (vgl. Bericht „Report" Baden-Baden, ARD vom 25. März 1996) veranlaßt hat, das „Ostpreußenblatt" nicht mehr zu vertreiben.

Während sich also dieser BdV-Funktionär vom Zentralorgan der „Landsmannschaft Ostpreußen" distanziert, läßt sich einer der höchsten Beamten des BMI in den Bundesvorstand wählen.

Dabei muß davon ausgegangen werden, daß Ministerialdirektor Gassner die Ausrichtung der „Landsmannschaft Ostpreußen", ihres Organs, dem „Ostpreußenblatt" und ihrer Jugendorganisation, der JLO nicht nur vom eigenen Erleben, sondern auch von Amts wegen her kennt, da sie mehrmals Gegenstand parlamentarischer Anfragen war.

Der frühere Redakteur der „neurechten" Zeitung „Junge Freiheit" Andreas Molau, der diese Zeitung wegen ihres – seiner Ansicht nach – gemäßigten Kurses verlassen hat (vgl. „Der Republikaner" 11/94, S. 7), veröffentlicht heute beim „Ostpreußenblatt". Dies ist bezeichnend für die politische Ausrichtung des „Ostpreußenblatts", das in der Vergangenheit nach unseren Recherchen

- Werbung für rechtsextreme Bücher und Zeitungen betrieben,
- die Politik der „Republikaner" unterstützt und verteidigt,
- geschichtsrevisionistische Thesen verbreitet,
- Hochachtung und Bewunderung für die Holocaust-Leugner gezeigt,
- rechtsextreme Siedlungsprojekte in Nordostpreußen unterstützt (vgl. Drucksache 12/8362)

hat.

Die „Landsmannschaft Ostpreußen" hat ihre Zusammenarbeit mit rechtsextremen und rechtsradikalen Gruppierungen verstärkt. So hat die „Landsmannschaft Ostpreußen" dem „Bund freier Bürger" (vgl. J. Mecklenburg, Antifa-Reader, Berlin 1996, S. 55 bis 57), der sehr eng mit der FPÖ (vgl. Dokumentenarchiv des österreichischen Widerstands, Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1993, S. 327 bis 428) zusammenarbeitet, bei der Abfassung des deutschlandpolitischen Teils des Programms geholfen. Der ehemalige MdEP Schodruch (Mitglied der Deutschen Liga und ehemaliges Mitglied der Republikaner) und Stellvertreter Le Pens konnte 1994 auf dem Deutschland-Treffen der „Landsmannschaft Ostpreußen" als offizieller Redner auftreten. Die rechtsextreme Zeitung „Nation und Europa" stellte dazu fest: „Unter Wilhelm von Gottberg scheint sich die früher unionsfixierte Landsmannschaft Ostpreußen aus der parteipolitischen Umklammerung zu befreien und neue Verbündete zu suchen" (Nation und Europa, 7–8/94).

Vorbemerkung

Die in der Überschrift, der Vorbemerkung sowie in den Fragen der Kleinen Anfrage zum Ausdruck kommenden polemischen Unterstellungen und die Angriffe auf die Person des Ministerialdirektors a. D. Hartmut Gassner weist die Bundesregierung entschieden zurück. Der Beamte hat sich stets für die freiheitliche demokratische Grundordnung eingesetzt und seine Amtspflichten gewissenhaft, unparteiisch und gerecht zum Wohl der Allgemeinheit wahrgenommen. Seine Verdienste für die Vertriebenen und Spätaussiedler, für die deutschen Minderheiten und für die Erhaltung der deutschen Kultur des Ostens sind bei seinem Ausscheiden aus dem Bundesdienst wegen Erreichens der Alters-

grenze am 30. Juni 1996 in breiten Kreisen der Öffentlichkeit und auch im parlamentarischen Bereich besonders gewürdigt worden.

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der Leiter der Abteilung Vt des BMI, Ministerialdirektor Gassner, Mitglied im Bundesvorstand der „Landsmannschaft Ostpreußen" geworden ist?

Die Bundesregierung begrüßt es, wenn Beamte ihre besondere Sachkunde und ihr staatsbürgerliches Engagement ehrenamtlich in die Arbeit von Vereinen einbringen. Dies gilt insbesondere auch für die Arbeit in Vertriebenenverbänden, deren Beitrag zum Aufbau und zur Erhaltung unseres freiheitlich demokratischen Rechtsstaates von der Bundesregierung wiederholt gewürdigt worden ist.

Um jeden Anschein einer Interessenkollission zu vermeiden, hat Ministerialdirektor Hartmut Gassner die Wahl in den Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen mit dem Vorbehalt angenommen, daß er diese Funktion erst nach seinem Ausscheiden aus dem Bundesdienst wahrnehmen wird.

2. Sieht die Bundesregierung einen Konflikt bei der Wahrnehmung seines Amtes innerhalb der „Landsmannschaft Ostpreußen" und seiner Position innerhalb des BMI?

Auf die Vorbemerkung und die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

3. a) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß sich der Bundessprecher der „Landsmannschaft Ostpreußen", Wilhelm von Gottberg, öffentlich bei Gassner für dessen „stilles Wirken" bei der Vergabe von Geldern bedankt hat?

Die Bundesregierung hat bereits in ihrer Antwort vom 19. Februar 1996 (Drucksache 13/3831) zu der auch in Frage 14 der Kleinen Anfrage auf Drucksache 13/3620 zitierten Äußerung des Bundessprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, im „Ostpreußenblatt" vom 25. November 1995 Stellung genommen. Diese Äußerung bezog sich allein auf die finanzielle Hilfe des Bundes bei der Wiederherstellung der Salzburger Kirche in Gumbinnen/Gusev. Auf die Antwort wird verwiesen.

b) An der Vergabe welcher Gelder an die Landsmannschaft Ostpreußen bzw. Landesmuseen, Heimatsammlungen, Stiftungen, Archive, kulturelle, wissenschaftliche oder sonstige Einrichtungen, die mit der „Landsmannschaft Ostpreußen" zusammenarbeiten, war Gassner seit 1990 mittelbar oder unmittelbar beteiligt?

Die Bewilligung von Fördermitteln obliegt den jeweilig zuständigen Fachreferaten; seit April 1995 wurde die Bewilligung zu einem großen Teil dem Bundesverwaltungsamt in Köln übertragen.

4. Wie viele Mittel bekommt die „Landsmannschaft Ostpreußen" aus Bundesmitteln, und wie hoch ist ihr Eigenanteil bei der Finanzierung ihrer in- und ausländischen Aktivitäten?

Auf die Antwort der Bundesregierung vom 16. Mai 1996 (Drucksache 13/4658) zu der Kleinen Anfrage auf Drucksache 13/4511 wird verwiesen.

Über die Höhe des Eigenanteils bei der Finanzierung der landsmannschaftlichen Aktivitäten im In- und Ausland können keine Angaben gemacht werden, da die Landsmannschaft Ostpreußen nicht institutionell gefördert wird.

5. War Gassner bei der Vergabe der Gelder aus dem Bundeshaushalt an die JLO beteiligt?

6. War Gassner an der Entscheidung beteiligt, daß die JLO die von ihr verwandten Gelder aus dem Bundeshaushalt – obwohl es Anhaltspunkte für eine rechtsextreme Ausrichtung dieser Jugendorganisation gibt – nicht zurückerstatten muß?

Auf die Antwort zu der Frage 3 b) wird verwiesen. Sie gilt auch hinsichtlich evtl. Rückforderungsentscheidungen.

7. War Ministerialdirektor Gassner 1994 beim Deutschland-Treffen der „Landsmannschaft Ostpreußen" als Vertreter der Bundesregierung bzw. des BMI anwesend?

Auf die Antwort der Bundesregierung vom 10. Mai 1995 (Drucksache 13/1345) zu der Kleinen Anfrage auf Drucksache 13/1186 (Frage 6) wird verwiesen.

Bei dem dort erwähnten Fachbeamten des Bundesministeriums des Innern handelte es sich um Ministerialdirektor Hartmut Gassner.

8. Sieht die Bundesregierung in der Tätigkeit Gassners in der „Landsmannschaft Ostpreußen", einer Organisation der ideologisch und personell eine „Unschärfe bei der Abgrenzung zum rechtsextremistischen Spektrum" vorgeworfen wird (vgl. Dieter Bingen, „Das Gebiet Kaliningrad – deutsche Ansichten (II)", Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1993, S. 16), einen Verstoß gegen die in § 35 des Beamtenrechtsrahmengesetzes aufgestellten Gebote der Unparteilichkeit, der Mäßigung und Zurückhaltung?

9. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß sich Hartmut Gassner ausgerechnet zu einem Zeitpunkt in den Bundesvorstand der „Landsmannschaft Ostpreußen" hat wählen lassen, als der o. g. Vertreter des BdV aus Baden-Württemberg es ablehnte, das Organ dieses Vertriebenenverbandes – wie in einem Fernsehmagazin erläutert – wegen seiner rechtsextremen Durchsetzung zu verteilen?

Auf die Antwort zu der Frage 1 wird verwiesen.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44